



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

47. Sitzung (öffentlich)

9. April 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:55 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokoll: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Dringliche Frage | 7 |
| | der CDU-Fraktion an den Minister für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz | |
| | <i>Wie stellt sich der aktuelle Sachstand des Rindertuberkulosefalles in
einem Rinderbestand im Sauerland dar?</i> | |
| | Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) berichtet. | |
| 2 | PFT | 10 |
| | Minister Eckhard Uhlenberg erstattet Bericht. | |

3 Chemieunfälle in Wuppertal und Köln-Worringen 34

Mit Vorlage 14/1713 berichtet Minister Eckhard Uhlenberg zunächst schriftlich und beantwortet die von den Grünen schriftlich gestellten Fragen. Ergänzend trägt er mündlich vor, wobei er, soweit möglich, die am 4. April gestellten Fragen der SPD (siehe Anlage 1) mit beantwortet.

MDgt Wolfgang Düren (IM) trägt zur Gefahrenabwehr vor, für die das Innenministerium zuständig ist.

4 Was tut die Landesregierung nach dem OVG-Beschluss zur CO-Pipeline? 62

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/1711.

5 Feinstaubprobleme effizient lösen – NRW als Modellregion für Umweltkompetenz entwickeln 66

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3042

Sowie:

Feinstaub-Grenzwerte in NRW einhalten

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3132

Und:

Umweltzonen-Chaos im Ruhrgebiet beenden: Flickschusterei hat drastische Folgen für die Menschen, Städte und Wirtschaft

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6340

Der CDU/FDP-Antrag Drucksache 14/3042 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

Der Antrag der Grünen Drucksache 14/3132 wird den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Zu dem Antrag der Grünen Drucksache 14/6340 wird auf Antrag von Johannes Remmel beschlossen, unter Einbeziehung des bald öffentlich ausliegenden Luftreinhalteplans eine Anhörung durchzuführen.

6 Entwurf einer Verordnung über die Führung eines Ökokontos nach § 5 a Abs. 1 Landschaftsgesetz (Ökokonto VO)

70

Vorlage 14/1522

Den CDU/FDP-Einwendungen (siehe Anlage 2) wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen zugestimmt.

Das Einvernehmen mit Vorlage 14/1522 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen hergestellt.

7 Modellvorhaben Schulmilch: Fit für die Schule

—

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5016

TOP 7 wird vertagt.

8 Naturnahe Wälder statt Holzplantagen – Chancen für Natur und Klimaschutz nutzen

—

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5342

TOP 8 wird vertagt.

9 „Privat vor Staat“ total im Wald: Ausverkauf auf Kosten von Mensch und Natur –

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
des 14/5574

Und:

Staatswaldverkauf

Bericht der Landesregierung

TOP 9 wird vertagt.

10 Stand des Umbaus der Forstverwaltung –

Bericht der Landesregierung

TOP 10 wird vertagt.

11 Verwendung der Finanzmittel zur Beseitigung der Kyrill-Schäden –

Vorlage 14/1625

TOP 11 wird vertagt.

12 Pharmarückstände in unseren Gewässern und im Trinkwasser reduzieren –

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5778

TOP 12 wird vertagt.

13 Kinder vor gefährlichem Spielzeug schützen! –

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5783

TOP 13 wird vertagt.

14 Gesetz zur Verankerung der getrennten Abwassergebühr (Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes) –

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6155

TOP 14 wird vertagt.

15 Biodiversität in Nordrhein-Westfalen bewahren –

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6321

TOP 15 wird vertagt.

16 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes, des Landesabfallgesetzes, des Landesbodenschutzgesetzes und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Lande Nordrhein-Westfalen 74

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6289

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

17 Müll als nachwachsender Rohstoff? –

Bericht der Landesregierung

TOP 17 wird vertagt.

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
47. Sitzung (öffentlich)

09.04.2008

mr-beh

18 China-Stipendiatenprogramm

—

Vorlage 14/1672

TOP 18 wird vertagt.

* * *

16 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes, des Landesabfallgesetzes, des Landesbodenschutzgesetzes und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6289

Vorsitzende Marie-Luise Fasse macht darauf aufmerksam, dass der Gesetzentwurf vom Plenum in seiner Sitzung am 12. März 2008 an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen worden sei.

Margret Gottschlich (SPD) äußert, man stimme dem Gesetzentwurf zu und habe nur wenige Fragen.

Erstens. Es interessierten die sachlichen Gründe für die Verschiebung der Berichtspflicht von 2009 auf 2011.

Zweitens. Man wolle gerne wissen, wie der Beitrag der Industrie auf Dauer gesichert werde und ob die Kommunen stärker belastet würden.

Drittens. An einer Stelle heiße es, es sei zu überprüfen, ob und inwieweit die Vorschriften des UVPG NRW über eine 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinie hinausgehe. – Sie bitte um Auskunft, welche Bereiche zurückgefahren werden sollten.

Friedhelm Ortgies (CDU) begrüßt, dass es nach dem Auslaufen der alten Kooperationsvereinbarung 2006 endlich zu einer Einigung gekommen sei und die Finanzierung bis 2011 gesichert sei.

Johannes Remmel (GRÜNE) bittet um die Hinzuziehung von Sachverständigen. Insbesondere diejenigen, die nicht zahlen wollten, sollten dem Ausschuss Rede und Antwort stehen und die Gründe dafür nennen. Es sei durch die Presse gegangen, dass sich bestimmte Industriebranchen nicht mehr beteiligen wollten.

(Zuruf: An den Pranger stellen!)

Der Abgeordnete widerspricht; es gehe nicht darum, jemanden an den Pranger zu stellen. Sie sollten dem Ausschuss erklären, warum sie sich aus dieser gesellschaftlichen Verantwortung zurückzögen.

Holger Ellerbrock (FDP) betont, auch er hätte sich ein deutlich größeres Engagement der Industrie gewünscht. Nun sei aber ein Prozess der Konsensfindung eingeleitet worden. Der von Johannes Remmel vorgeschlagene Weg würde bedeuten, dieses Gesetz heute nicht verabschieden zu können.

Er wäre damit einverstanden, Branchen einzuladen, um deutlich zu machen, welche gesamtpolitische Bedeutung man dem AAV zuspreche. Er würde es jedoch ausgesprochen bedauern, wenn man heute nicht dazu komme, einen Schlusstrich zu ziehen, damit der Verband wieder zukunftsfähig arbeiten könne. Deshalb bitte er, den Gesetzentwurf zu verabschieden. Anschließend könne man immer noch überlegen, Branchen in den Ausschuss einzuladen, die sich nicht hinreichend engagiert hätten. Inhaltlich liege man nicht weit auseinander. Er bitte zu überlegen, ob man diesen Weg nicht gemeinsam gehen könne.

Minister Eckhard Uhlenberg bittet ebenfalls um eine Entscheidung, da man mit dem AAV weitermachen wolle, um Flächen zu sanieren und das wichtige Thema Flächenverbrauch, das in der Umweltpolitik der Landesregierung einen großen Stellenwert bekomme, durch den AAV zu ergänzen. Man müsse insbesondere mit der Sanierung der Flächen weiter fortschreiten, bei denen der Verursacher nicht mehr feststehe. Von daher sei das Gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen von großer Wichtigkeit.

Ansonsten sei er mit den Fraktionen weitgehend einer Meinung, was die Finanzierung angehe. Das sei auch für ihn nicht zufriedenstellend. Wenn das Parlament der Auffassung sei, noch einmal mit einzelnen Branchen, die eigentlich noch mehr tun könnten, sprechen zu wollen, empfinde er das als Unterstützung der Arbeit der Landesregierung. Man habe das Thema nicht abgehakt, sondern befinde sich im Gespräch mit vielen Organisationen. Er habe sich dazu auch öffentlich in der Presse geäußert.

StS Dr. Alexander Schink beantwortet die gestellten Fragen. Dass die Berichtspflicht auf 2011 verlängert worden sei, habe etwas mit der Laufzeit des Gesetzes und der vertraglichen Regelung, die dem zugrunde liege, zu tun. Die Ende 2011; deshalb sei die Berichtspflicht entsprechend angepasst worden.

Zur Frage, ob die Kommunen stärker belastet würden: Man habe Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt. Alle drei kommunalen Spitzenverbände hätten Vorstandsbeschlüsse herbeigeführt, dass sie zu einer stärkeren finanziellen Beteiligung am AAV nicht bereit seien. Deshalb werde es, da auch hier Einvernehmen notwendig sei, nicht zu einer stärkeren Belastung der Kommunen kommen.

Zur Verpflichtung der Wirtschaft zu zahlen, sei zu sagen, dass das, was jetzt an Zahlungsverpflichtungen vorliege, in entsprechenden Vereinbarungen festgelegt werde. Daraus ergebe sich dann eine Zahlungsverpflichtung. Für die übrigen müsse man darüber reden, wie man dies gewährleiste.

Es sei die Frage nach der Überprüfung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Hinblick auf eine 1:1-Umsetzung von EU-Recht gestellt worden. Man habe die Frage im Hause geprüft. Man sei aufgrund von Beschwerdeverfahren, die beim Europäischen Gerichtshof oder bei der Europäischen Kommission gegen die Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes anderer Bundesländer liefen, zu der Erkenntnis gekommen, dass man in Nordrhein-Westfalen eine 1:1-Umsetzung durch-

geführt habe und dass Änderungsbedarf und Änderungsnotwendigkeiten nicht bestünden, bis auf den Abgrabungsfall, der geändert werden solle. Im Übrigen werde das UVPG bei der Diskussion um das Umweltgesetzbuch ohnehin auf Bundesebene neu gefasst. Deswegen sei es nicht sinnvoll, in Nordrhein-Westfalen große Änderungen durchzuführen – bis auf die Abgrabungsfrage.

(Unterbrechung von 17:47 Uhr bis 17:50 Uhr)

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

Johannes Remmel (GRÜNE) bittet, im Protokoll festzuhalten, dass er eine zeitnahe Hinzuziehung von Sachverständigen zu der zukünftigen Finanzierung der Altlastensanierung in Nordrhein-Westfalen beantragt habe.

